

Dorothea Schmidt

Deutscher Militarismus – eine unendliche Geschichte?

„Welch eine Wendung durch Gottes Fügung“ verkündete ein riesiges Transparent auf dem mit Girlanden umwundenen Brandenburger Tor im Jahr 1895. Damals wurde am 2. September regelmäßig der Sedantag gefeiert, an dem viele Arbeiter und Angestellte frei hatten, die Kirchenglocken läuteten, Schüler sich zu Feiern versammelten sowie Paraden, Festbankette und Feuerwerke abgehalten wurden. Die Nation – oder zumindest große Teile von ihr – berauschte sich an der Erinnerung des Sieges über Frankreich, der Wilhelm I die Kaiserwürde verschafft hatte. Dagegen finden heutige Militärfeiern weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Wenn es zum fünfzigjährigen Bestehen der Bundeswehr einen Festgottesdienst im Berliner Dom oder einen Großen Zapfenstreich vor dem Reichstag gibt, bleiben die geladenen Festgäste hinter Absperrgittern unter sich. Die Regierenden rechnen offenbar nicht mit spontaner Begeisterung für solche Inszenierungen. Hat Militarismus in Deutschland keine öffentliche Plattform mehr? Und ist er zwingend an Demonstrationen des Militärischen gebunden?

Seit dem 19. Jahrhundert wurde der Begriff häufig polemisch, seltener analytisch verwendet. Allgemein kann man Wolfram Wette zufolge unter Militarismus eine staatliche und gesellschaftliche Ordnung verstehen, „die in dominanter Weise von militärischen Interessen und kriegesischen Denkmustern geprägt ist.“ (Wette 2008: 20). Nach einer engen Definition wird unter Militarismus ein Regime verstanden, bei dem die Politik wesentlich durch das Militär bestimmt wird. Demgegenüber soll hier die weiter gefasste Definition der Potsdamer Konferenz von 1945 zugrunde gelegt werden. Deutschland hatte seit 1939 ganz Europa mit Kriegen überzogen, die zu mehr als 50 Millionen Toten und unendlichen Leiden geführt hatten. Harry Truman, Josef Stalin und Clement Attlee konferierten im Juli 1945 in der großen Halle von Schloss Cecilienhof. Ihr vorrangiges Ziel sahen sie darin, den „deutschen Militarismus und Nazismus“ auszurotten und Maßnahmen zu treffen, „damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“ (zit. nach Wette 2008: 216f). Die Alliierten formulierten „Politische Grundsätze“, die sich auf die Stellung und Verantwortung der politischen und militärischen Eliten sowie auf die Existenz und Bedeutung bewaffneter

Formationen wie Wehrmacht, SS, SA oder Gestapo, aber auch auf die industrielle Produktion von Rüstung und die Verankerung militaristischen Denkens in der Bevölkerung bezogen. In Anlehnung daran soll im Folgenden die wechselvolle Geschichte des deutschen Militarismus vom Deutschen Kaiserreich bis zur Bundesrepublik betrachtet werden. Dabei geht es um das Verhältnis von Militär und Politik, um das Innenleben des Militärapparats, um das Verhältnis von Militär und Rüstungsindustrie und um das Militär in der Gesellschaft.

1. Militär und Politik

Am 4. August 1914 erklärte Reichskanzler von Bethmann-Hollweg im Reichstag: „Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Rußland und Frankreich“, und die Abgeordneten aller Fraktionen stimmten den dafür geforderten Kriegskrediten mehrheitlich begeistert zu. In der Folge wurden 3.820.000 Mann mobilisiert. Am 22. Dezember 2001 beschloss der Deutsche Bundestag mit überwältigender Mehrheit, 1.200 Soldaten für sechs Monate nach Afghanistan zu schicken (Verhandlungen des Reichstags, 4.8.1914: 5; Bundesarchiv o.J.; Vermintes Gelände 2003). In beiden Fällen war Deutschland nicht von einer feindlichen Macht angegriffen worden, musste sein Territorium und seine Bewohner also nicht verteidigen. Ansonsten sind die Dimensionen des kriegerischen Einsatzes kaum vergleichbar. Gibt es dennoch Kontinuitäten vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik?

1.1 Traditionen des Angriffskrieges und militarisierter Innenpolitik

Die Entstehung des preußischen Königtums war von Anfang aufs engste mit einem starken Militär verbunden. Bereits der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I gab den allergrößten Teil seines Staatshaushalts dafür aus und der französische Graf Mirabeau soll zur Regierungszeit von Friedrich II gesagt haben: „Andere Staaten besitzen eine Armee; Preußen ist eine Armee, die einen Staat besitzt“ (zit. bei Zolling 1993: 274). Der König war oberster Kriegsherr, und Fürsten wie Militäradel beherrschten den Staat, den spätere Historiker als „Militärstaat“ bezeichneten. Die deutsche Einigung entstand auf den Schlachtfeldern der Kriege gegen Dänemark, Österreich und Frankreich und die Träger der preußischen Pickelhaube erschienen vielen als tapfere Vorkämpfer für eine geeinte deutsche Nation. Das Kaiserreich gilt zumindest bis 1914 vielfach als Zeit des Friedens, doch trifft dies nur im Verhältnis zu den europäischen Nachbarn zu. Beim „Wettlauf um Afrika“ wurden deutsche Interessen gegen einheimische Bevölkerungen blutig verteidigt, selbst wenn die Gebiete wirtschaftlich bedeutungslos blieben (Wette 2008: 38ff; Gründer 1985).

Die aggressive Stoßrichtung deutscher Machtpolitik ging mit einem wachsenden Einfluss der Militärs einher. Hatte Bismarck den Führungsanspruch der Politik entschieden vertreten, so strichen seine Nachfolger die Flagge und er-

gaben sich widerstandslos den Vorgaben des Generalstabs, der obersten militärischen Führungsebene. Dabei konnte der Reichstag zwar über die Länge des Wehrdienstes und den Etat des Kriegsministeriums entscheiden, dennoch stellte er die Großmachtpläne der Militärs vom ersten Flottengesetz 1898 bis zur größten Heeresvorlage des Kaiserreiches von 1912 niemals ernsthaft in Frage. Auch die Sozialdemokraten stimmten damals dem von den Militärs geforderten und extrem kostspieligen „Wehrbeitrag“ zu. Insgesamt haben sich die Militärausgaben von 1872 bis 1913 verfünffacht, wobei sie im Durchschnitt der Jahre 1874-1913 bei 22% des Reichshaushalts lagen. Während des Ersten Weltkrieges stiegen sie auf das Zehnfache der vorangehenden Friedensjahre (Bontrup/Zdrowomyslaw 1988: 22ff, 45; Wehler 1995: 1110ff, 1129ff).

Das Kaiserreich hatte den Krieg aus einer Position der militärischen Stärke her entfesselt und die Siegerstaaten setzten daher im Friedensvertrag von Versailles eine massive Abrüstung des deutschen Heeres auf nunmehr 100.000 Mann und der Seestreitkräfte auf 15.000 Mann sowie ein Verbot der Luftwaffe durch – im Frühsommer 1914 waren 750.000 Mann unter Waffen gewesen. Die neue Reichswehr sollte einzig zur Verteidigung dienen, doch hielt dies die Militärs der Weimarer Republik keineswegs davon ab, schon bald geheime Pläne für einen neuen Offensiv-Krieg zu entwickeln, die innerhalb eines neuen nationalen Machtstaates umgesetzt werden sollten. Auf diese Art wollten sie auch an ihre frühere Vorrangstellung anknüpfen. Nach dem Großen Plan von 1925 würde das Heer der Zukunft 28 Mal so groß sein wie die zwangsweise reduzierten Streitkräfte. Nachdem Hitler zum Reichskanzler gewählt wurde, erlebten die Militärs im Dritten Reich, dass diese Ziele nicht nur erfüllt, sondern weit übertroffen wurden (Wette 2008: 151; Hansen 1981: 49).

Bereits 1936 betrug die Militärausgaben mehr als das Zehnfache von 1933. Zu Beginn des Krieges galt die deutsche Wehrmacht von ihrer Ausrüstung her als stärkste und modernste Militärmacht – das 100.000 Mann-Heer der 1920er Jahre war bis zum 1. September 1939 auf 4,5 Millionen Soldaten angewachsen. Von 1940 bis 1944 verdoppelten sich die extrem hohen Militärausgaben abermals (Bontrup/Zdrowomyslaw 1988: 23; Wette 2008: 180).

Die Zahlen belegen eine dramatisch wachsende Bedeutung des Militärischen – aber ging dies auch mit einer im Vergleich zur Weimarer Republik erstarkten militärischen Führung einher? Glaubt man den Aussagen der Generäle, die bei den Nürnberger Prozessen als Hauptkriegsverbrecher vor Gericht standen, so war dies nicht der Fall. Die Militärs verfassten damals eine Denkschrift, in der sie sich von jeglicher Schuld freisprachen und behaupteten, „daß das Heer gegen Partei und SS eingestellt gewesen sei, nahezu alle wichtigen Entscheidungen Hitlers mißbilligt und gegen Kriegsverbrechen opponiert hatte.“ (Zit. bei Bald 2001: 20). Spätere Forschungen haben dies als Legenden zur Entlastung von eigener Verantwortung aufgedeckt und belegt, dass die Interessen zwischen politischer und militärischer Führung weitgehend übereinstimmten.

Dies zeigte sich insbesondere beim Überfall auf die Sowjetunion. Hitler wie die Generalität waren von Anfang an dazu entschlossen, diesen Krieg jenseits der Prinzipien des Kriegsvölkerrechts zu führen. Ziel war die „Vernichtung von Judentum und Bolschewismus“. Dem Feldzug fielen 27 Millionen Sowjetbürger – die meisten davon Zivilisten – zum Opfer, ungefähr eine Million Menschen hatte man absichtlich verhungern lassen (Streit 1991: 32ff, 49; Jahn 2007).

Bis 1945 hat es demnach nur kurze Phasen gegeben, in denen deutsche Interessen gegenüber anderen Staaten nicht mit Hilfe des Militärs durchgesetzt werden sollten und wurden. Hat dieses auch im Inneren eine ähnliche Rolle gespielt? Nach der Reichsverfassung von 1871 konnte das Militär nicht nur gegen äußere, sondern ebenso gegen innere Feinde eingesetzt werden. Wilhelm II ließ dabei keinen Zweifel offen, gegen wen sich derartige Interventionen richten würden. Bei einer Vereidigung von Rekruten in einer Potsdamer Kaserne im Jahr 1891 schärfte er ihnen ein: „... es gibt für euch nur einen Feind, und der ist Mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, dass ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen – was ja Gott verhüten möge – aber auch dann müsst Ihr Meine Befehle ohne Murren befolgen.“ (Zit. bei Wette 2003). Tatsächlich ließen Bergwerksbesitzer im Verein mit der lokalen Obrigkeit in Oberschlesien und im Ruhrgebiet einige Male Militär gegen streikende Bergarbeiter antreten, doch war dies keineswegs gängige Praxis. In weit größerem Umfang wurde Militär gegen die eigenen Bürger während des Ersten Weltkrieges mobilisiert, als die 3. Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff seit 1916 auch die Innenpolitik bestimmte und massiv gegen die Massenbewegungen für „Frieden, Freiheit, Brot“ vorging. Und nach 1918 waren es gerade Sozialdemokraten, früher die heftigsten Kritiker derartiger Militäreinsätze, die nun Reichswehr und Freikorps „zur Abwehr des Bolschewismus“, gegen streikende Arbeiter oder – wie in Bremen – gegen linke Länderregierungen aufmarschieren ließen. Die Zahl der Getöteten lag weit höher als jemals bei gewaltsamen Arbeitskämpfen im Kaiserreich (Wette 2003; Brendle 2009).

Im Nationalsozialismus schließlich wurde die Trennung zwischen Militär und Polizei teilweise aufgehoben. Gewalt gehörte vom ersten Tag an zu den alltäglichen Herrschaftsmitteln des Regimes, paramilitärische Gruppen wie SA und SS agierten im Inneren und auch im Krieg, und es war nun die Polizei, die Militäraufgaben übernahm, bis hin zur Einbindung von Polizeibataillonen in den Vernichtungskrieg (Wette 2003).

1.2 Der Weg zur Wiederbewaffnung

Das Bündnis der Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges zerfiel nach 1945 rasch und der historische Moment, als sich Soldaten der US-Army und der Roten Armee bei Torgau an der Elbe die Hände schüttelten, war bald nur noch ein

verblissenes Erinnerungsfoto.¹ Der Kalte Krieg setzte bereits 1947 ein, kam ab 1950 in Korea in eine heiße Phase, und die Konfrontation zwischen Ost und West sollte die nächsten Jahrzehnte bestimmen. Die US-amerikanische Regierung brauchte Verbündete, um das von ihr anvisierte großdimensionierte Militärpotential gegen die Bedrohung aus dem Osten aufzustellen. Dies traf sich mit den Bestrebungen Adenauers, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg außenpolitisch zu nutzen und die Botschaft des „Wir sind wieder wer“ durch Panzer, Fregatten und Düsenjäger zu untermauern. Nur sechs Jahre nach der Potsdamer Konferenz war deutsches Militär also wieder akzeptiert und ein Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde es wieder aufgebaut. Mehrere wesentliche Bestimmungen sollten gegenüber früher allerdings eine radikale Umkehr markieren (Bald 2005: 41ff):

- Im Unterschied zu allen früheren nationalen Armeen sollte die Bundeswehr nicht über einen eigenen Generalstab verfügen, sondern war von Anfang an in die Pläne der NATO-Partner eingebunden.
- Es sollte einen eindeutigen Primat der Politik gegenüber Eigenmächtigkeiten des Militärs geben: Die oberste Befehls- und Kommandogewalt liegt im Frieden beim Verteidigungsminister, im Verteidigungsfall beim Bundeskanzler.
- Das Grundgesetz enthält in Art. 26 GG ein ausdrückliches Verbot von Angriffskriegen und in seiner Präambel ein Friedensgebot.
- Der Einsatz von Militär im Inneren sollte nach Art. 87a GG nur in genau bestimmten Ausnahmefällen möglich sein.
- Nach Art. 4 GG sollten Bürger erstmals die Freiheit haben, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern.
- Soldaten sollten über die Möglichkeit der direkten Beschwerde sowie über kodifizierte Rechte, darunter dem Recht auf Widerspruch und auf Überprüfung erteilter Befehle, verfügen; Zivilgerichte sollten Militärgerichte ersetzen.

Soweit die hohen Ansprüche. Die Realität sah in mancher Hinsicht anders aus. Die Einbindung in die NATO stand niemals zur Debatte, wengleich mehrere Verteidigungsminister sich darum bemühten, die Bundesrepublik aus der Situation des Juniorpartners heraus zu manövrieren. Auch der Primat der Politik wurde mitunter von übereifrigen Militärs in Frage gestellt, blieb aber ansonsten allgemein anerkannt. Die Kriegsdienstverweigerung wurde – wengleich höchst umstritten – eingeführt und ein Soldatengesetz ebenso erlassen wie die Position des Wehrbeauftragten geschaffen. Dagegen wurde und wird von verschiedenen Seiten immer wieder versucht, den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr umzudeuten oder zu unterlaufen.

1 Die Entwicklung nach 1945 wird hier auf die Bundesrepublik und die Bundeswehr beschränkt. Entstehung und Funktionieren der NVA müssen aus Platzgründen außer Betracht bleiben, obwohl gerade sie – jedenfalls von ihren inneren Strukturen her – deutliche Kontinuitäten zum preußisch-deutschen Militarismus aufweisen, vgl. Ehlert/Rogg (2004).

Ausgangspunkt dafür war die bereits unmittelbar nach dem Ende der Nürnberger Prozesse von US-amerikanischen Militärs eingesetzte *Historical Division*, in der mit Hilfe von 300 ehemaligen Generalstabsoffizieren der Wehrmacht Taktik, Organisation und Operationen des vergangenen Krieges ausgewertet wurden, was im Ergebnis dazu führte, „die Pflicht-, Kampf- und Opfergesinnung des Rußlandfeldzuges zu idealisieren und die reine handwerkliche Effizienz der Leistung der Truppe zu unterstreichen.“ (Bald 2001: 21). Diese Linie fand ihre Fortsetzung in einer Geheimkonferenz, zu der Konrad Adenauer 1950 im kleinen Kreis einlud und an der zehn ehemalige hochrangige Wehrmachts-Offiziere teilnahmen. In der beschaulichen Atmosphäre des abgelegenen Klosters Himmerod in der Eifel sollten wesentliche Weichenstellungen für eine „neue Wehrmacht“ erfolgen. Ergebnis war eine Denkschrift, deren zentrale Punkte lauteten: (Wieder-)Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und Aufstellung einer angriffsfähigen deutschen Armee, die in das westliche Bündnis gegen die „aggressive Macht“ der Sowjetunion eingebunden war. Auf der Basis der Auswertungen der *Historical Division* sollte die neue Bundeswehr „eine durch die Kriegsanalyse optimierte Wehrmacht sein, zugleich moderner, nämlich mobiler und mit hoher Rüstungstechnologie ausgestattet“, ein Szenario, in dem Verteidigung ‚von vornherein offensiv‘ durch Intervention im Hinterland des Gegners verstanden wurde“ - und dies auch mit Atomwaffen (Bald 2001: 21ff).

1.3 Der Ausbau der Bundeswehr ab 1956 – nur zur Verteidigung?

Im Jahr 1947 verkündete der spätere Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß mit biblischem Pathos: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen!“ (Zit. bei Wette 2008: 22). Ein Jahrzehnt später wurde von rd. 63.000 jungen Männern des Geburtsjahrgangs 1937 auf staatliches Geheiß ebendies verlangt (Fleckenstein 2005: 6). In den ersten zehn Jahren nach der Wiederbewaffnung stiegen die Ausgaben im Verteidigungshaushalt um 212% - der Bundeshaushalt aber lediglich um 189%. Bis Mitte der 1970er Jahre ging es etwas langsamer voran, danach gab es wieder stärkere Zuwächse, wobei die Expansion des Verteidigungshaushaltes in all diesen Jahren weitgehend unabhängig davon erfolgte, welche Parteien die Regierung bildeten. Stellte die CSU mit Franz-Josef Strauß einen der energischsten Befürworter forcierter Militarisierung, so fand er sein Pendant im SPD-Politiker Georg Leber, der Anfang der 1970er Jahre eine systematische Runderneuerung der Bundeswehr betrieb, Hubschrauber und Haubitzen, Jagdpanzer und Jagdbomber, Raketen und Fregatten orderte und somit „das Kunststück fertig brachte, in der Epoche der Entspannungspolitik eine einzigartige Aufrüstungspolitik zu betreiben... Sogar die Generale staunten, als der Minister mehr bewilligen wollte, als sie forderten.“ (Bald 2005: 94-5; Bontrup/Zdrowomyslaw 1988: 41f).

Mit dem Ende des Kalten Krieges war der aufgeblähte Einzelhaushalt nicht mehr zu rechtfertigen. Der Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 sah eine erhebliche Verkleinerung der bundesdeutschen Armee auf 340.000 Soldaten vor, wobei die NVA weitgehend aufgelöst wurde. Die Entwicklung des Verteidigungshaushalts zeigt in der Folge ein deutliches Schrumpfen: von 57,5 Mrd. DM im Jahr 1990 auf 45,3 Mrd. DM im Jahr 2000. Was die einen als „Friedensdividende“ und als neue Spielräume für die Finanzierung überfälliger Sozial- und Bildungsprojekte begrüßten, rief in militärfreundlichen Kreisen blankes Entsetzen hervor: Der Verteidigungshaushalt, der 1990 noch stolze 20% des Bundeshaushalts ausgemacht hatte (ein Anteil, der ähnlich hoch war wie im Kaiserreich), war nun auf klägliche 10% abgesunken. Seit 1999 und insbesondere nach dem 11. September 2001 kehrte sich dieser internationale Trend jedoch um, insbesondere in den USA, aber auch in anderen westlichen Ländern. Der deutsche Verteidigungshaushalt ist seit dem Jahr 2000 absolut gestiegen und erreichte 2010 rd. 31 Mrd. Euro, der Anteil am Bundeshaushalt blieb bei rd. 10% (Rose 2000; Bald 2005: 126; Statistisches Bundesamt 2007; Der Verteidigungshaushalt 2010). Die Höhe dieser Ausgaben sagt nur begrenzt etwas darüber aus, wie effektiv die Bundesrepublik angreifen oder sich verteidigen kann, viel aber darüber, wie hoch das Militärische von der Politik eingestuft wird.

Inwieweit die Bundeswehr entgegen dem Auftrag des Grundgesetzes Angriffsziele auf äußere Gegner verfolgt, ist an konkreten Maßnahmen der Bewaffnung bzw. an entsprechenden Plänen zu sehen. Angefangen von der Kanzlerschaft Konrad Adenauers haben deutsche Politiker unterschiedlichster Parteizugehörigkeit immer wieder den Zugang zu eigenen Atomwaffen gefordert, weil sie hofften, auf diese Art im internationalen Konzert der Großmächte mitspielen zu können: Franz-Josef Strauß wollte die Bundeswehr mit eigenen nuklearen Waffen ausstatten, aber auch die SPD-Politiker Carlo Schmid und Willi Brandt verfolgten derartige Ambitionen. Letztlich blieb es dabei, dass der Bundesrepublik von den Alliierten zugestanden wurde, über nuklearfähige Trägersysteme zu verfügen, nicht aber, selbst Atomwaffen zu produzieren oder nach eigenem Ermessen einzusetzen. Ungeachtet der grundsätzlichen Ablehnung von Atomwaffen in der Bevölkerung wiederholten Politiker und Militärs auch in den 1980er Jahren die Forderung nach „nuklearer Teilhabe“ und die Grünen scheiterten im Bundestag mit ihrer Forderung, den Verzicht auf Nuklearwaffen im Grundgesetz zu verankern (Hahnfeld 2007: 201ff.; Bald 2005: 58f., 80).

Gleichwohl gab es bereits in den 1950er Jahren auch bei den Militärs Befürworter für defensive Alternativen ohne Atombewaffnung, darunter Oberst Ruge, der auf Panzerabwehr setzte oder Vizeadmiral Heye, der ein küstengebundenes Konzept entwickelte. Als mehrere höhere Offiziere – darunter Alfred Mechtersheimer und Gert Bastian – Anfang der 1980er Jahre ihre Zweifel an dem Sinn einer Verteidigung Europas mit Atomwaffen öffentlich äußerten,

zeigte sich, dass derartige Debatten in der Bundeswehr nicht geführt werden konnten. Strafversetzungen und Degradierungen waren die Folge (Bald 2005: 53, 109).

Seit 1957 war die Bundeswehr mit 4.000 Atombomben ausgestattet – wengleich sie darüber nicht frei verfügen konnte, sondern diese unter der Aufsicht der US-Army blieben. Im Jahr 1992 waren es immer noch 2.500. Insgesamt kommt Detlef Bald für die bundesdeutsche Militärpolitik bis 1990 zu dem Schluss, deren strategische Ausrichtung weise deutliche Kontinuitäten zu früheren Zeiten auf: „Der Denkhorizont des ‚Totalen Krieges‘, welcher der Generalstabsschule der Weltkriege entstammte, begleitete die Modernisierung der Rüstung und die militärischen Doktrinen bis zum Ende des Kalten Krieges.“ (Bald 2007: 66) Obwohl der Zwei-Plus-Vier-Vertrag eindeutig besagt, Deutschland dürfe ABC-Waffen weder herstellen noch besitzen, wird in einer Handlungsempfehlung des Verteidigungsministeriums von 2010 in aller Selbstverständlichkeit verkündet, „zur Sicherstellung der Dauereinsatzaufgabe Nukleare Teilhabe“ sei eine Zahl von 46 atomwaffenfähigen Tornado-Jagdflugzeugen erforderlich (Bundeswehr weiter auf Nuklearkurs 2010).

Nach dem Wegfall der Konfrontation mit dem Warschauer Pakt wurde auch die neue Rolle der Bundeswehr innerhalb der NATO diskutiert. Aber bereits 1987 hatte die militärische Führung ein Gutachten erstellen lassen, in welchen Fällen „Einsätze im Rahmen nationaler maritimer Krisenoperationen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes“ zulässig wären (Bald 2007: 70f). Die Debatte stand im Zusammenhang mit dem „Neuen Strategischen Konzept“ der NATO von 1991, wonach anstelle der Bedrohung aus dem Osten nunmehr mit „vielgestaltigen“ Risiken zu rechnen sei, die zudem „aus allen Richtungen“ kommen könnten – so etwa terroristische Attacken. Ausdrücklich genannt wurden dabei „vitale Interessen“ in Bezug auf ökonomischen Wohlstand und globale Rohstoffversorgung. Das „Verteidigungs“-Bündnis nimmt seither für sich in Anspruch, *out of area*, also weltweit militärisch zu intervenieren.²

Mit der Beteiligung am Angriff der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 gab es den ersten Bundeswehr-Einsatz dieser Art. Ihm waren allerdings in den Jahren zuvor bereits kleinere Interventionen voran gegangen: 1992 war in Kambodscha ein Feldlazarett errichtet worden und 1993 hatten Bundeswehr-Soldaten in Aufklärungsflugzeugen der NATO den Luftraum über Jugoslawien beobachtet. Anlässlich des Sanitäts-Einsatzes in Kambodscha zog Generalinspekteur Naumann eine Verbindungslinie zum Zweiten Weltkrieg: „Zum ersten Mal seit 1944 verbringen deutsche Soldaten im Einsatz das Weihnachtsfest außerhalb der Heimat.“ (Zit. bei Bald 2005: 147)

2 Zum Konzept der „Armee im Einsatz“ im Rahmen von NATO und EU sowie zu den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 und dem neuen Weißbuch von 2006 siehe die Beiträge von Werner Ruf und Peter Strutynski in diesem Heft.

Im Weißbuch von 2006, dem neuen Strategiebuch für die Bundeswehr, wurde die in den 1990er Jahren eingeschlagene Linie weiter entwickelt. Nach Einschätzung von Lühr Henken geht es dabei vor allem um die „deutsche Beteiligung an Schnellen Eingreiftruppen von NATO und EU für den weltweiten Einsatz. Also um eine Orientierung weg von der Landesverteidigung hin zum Militärinterventionismus...“ (Henken 2007: 75). Entsprechend sieht auch die militärische Beschaffungspolitik der letzten Jahre aus. Bereits die rot-grüne Bundesregierung hatte eine große Zahl von Marschflugkörpern Taurus bestellt – schwere Gefechtsladungen, die bis zu 350 km Entfernung von ihrem Ziel abgesetzt werden können und mit Hilfe von Tornados und Eurofightern transportiert werden. Sie tragen ebenso zur Angriffsfähigkeit der Bundeswehr bei wie das Luftverteidigungssystem MEADS, das Marschflugkörper und ballistische Raketen mit einer Reichweite unterhalb von 1.000 km abfeuern kann – eine Entfernung, aus der derzeit kein Land auf Deutschland zielen dürfte: „MEADS kann also mit Landesverteidigung nichts zu tun haben. Hat es auch nicht. Es soll lediglich Soldaten der EU-Battlegroups und die NRF der NATO im Ausland schützen.“ (Henken 2007: 84). Ebenfalls für weltweiten Einsatz gedacht sind das Transportflugzeug Airbus 400 M und neue Korvetten (Henken 2007: 85).

Was die ursprüngliche Absicht des Grundgesetzes betrifft, Einsätze des Militärs im Inneren zu verhindern, so wurde diese bereits mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Mai 1968 erstmals aufgeweicht. Seither ist es grundsätzlich möglich, dass Bundeswehr-Soldaten zur „Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ sowie bei Naturkatastrophen oder zur „Bekämpfung organisierter und militärischer bewaffneter Aufständischer“ eingesetzt werden (Art. 87a, 91 GG). Wiederholt forderten Politiker, allen voran Wolfram Schäuble, in den letzten Jahren bei jedem sich bietenden Anlass weitere Änderungen des Grundgesetzes – zuletzt angesichts der Terror-Warnungen im November 2010. Sie fanden bisher keine Mehrheit. Aber auch ohne derartige gesetzliche Ermächtigungen haben ministerielle Erlasse seither diverse Hintertüren geöffnet, um unbewaffnetes wie bewaffnetes Militär bei allen möglichen Gelegenheiten einzusetzen: etwa 1997 zum Schichten von Sandsäcken beim Oderhochwasser oder 2008 bei der Beobachtung von Demonstrierenden gegen den G 8-Gipfel in Heiligendamm mit Hilfe von Tornados und Spürpanzern. Die Methoden, das Grundgesetz zu umgehen, sind vielfältig: Sie reichen von der Amtshilfe für politische Körperschaften bis zur Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (Brendle 2009: 77; siehe dazu auch den Beitrag von Euskirchen/Singe in diesem Heft).

2. Das Innenleben des Militärapparates

Soldatenschinderei und Kadavergehorsam galten als Merkmale des Kasernenalltags im Kaiserreich. Demgegenüber veröffentlichte Willi Weiskirch, später Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestags, 1955 eine Broschüre mit dem programmatischen Titel: „Nie wieder Kommiß! – Es muß alles anders werden“. Das Titelbild zeigte einen brüllenden Offizier vor strammstehenden Soldaten (Ottmer 1993: 31).

Woher kamen die militärischen Traditionen, wonach den Untergebenen täglich aufs Neue demonstriert werden musste, wer zu befehlen und wer zu gehorchen hatte, dies oftmals verbunden mit Ritualen, mit denen nicht nur die Hierarchien befestigt wurden, sondern den Befehlsempfängern auch jede Würde abgesprochen wurde? Und welche Bedeutung hatten dabei Vorstellungen von männlicher Härte, soldatischer Ehre und Heldentum?

2.1 Heldenmythen und harte Männlichkeit

Kriegführen – jedenfalls auf der Kommando-Ebene – war traditionell eine Sache des Adels, der im 19. Jahrhundert noch die Mehrheit aller Offiziere stellte. Im deutschen Kaiserreich sollte jedoch eine Massenarmee aufgebaut werden und nach einem Erlass Kaiser Wilhelms II von 1890 wurden den adeligen Offizieren mehr und mehr Anwärter aus dem gebildeten Bürgertum zur Seite gestellt, was ihre herausgehobene Stellung bedrohte. Diese drückte sich bis dahin unter anderem symbolisch in der Sitzordnung bei der kaiserlichen Tafel aus: „Der preußische Leutnant durfte nach den dort gültigen Ritualen näher beim Kaiser sitzen als ein Politiker oder ein Professor oder ein Nobelpreisträger.“ (Wette 2008: 50)

Die Offiziere aus alteingesessenen adeligen Familien sahen sich mit Schaudern an der Seite von Parvenüs, mussten sich allerdings dann doch an die bürgerlichen Reserveoffiziere gewöhnen. Eine weitere Befürchtung der Militärspitze richtete sich gegen eine mögliche sozialistische „Verseuchung“ der Truppe, die vor allem den städtischen Rekruten zugeschrieben wurde. Dagegen galten Soldaten aus ländlichen Gebieten als fügsam und lenkbar, so dass man Unteroffiziere vorzugsweise aus kleinen nordöstlichen Landgemeinden rekrutierte. Die Bedenken gegen eine „Verbürgerlichung“ des Offizierskorps und gegen eine „Sozialdemokratisierung“ der Mannschaften trugen dazu bei, dass strategische Planungen, die auf eine stetige Vergrößerung der Armee setzten, somit von Teilen des Militärapparates selbst torpediert wurden (Wette 2008: 51, 169; Wehler 1995: 1121ff., 1154).

Als vorrangiges Erziehungsziel für einfache Soldaten galt, sie zu unkritischen, funktionierenden Dienern des Staates zu machen, deren höchste Tugenden „Pünktlichkeit, Ordnung und selbstloses Pflichtgefühl“ sein sollten (Wette 2008: 62). Demgegenüber zählten fachliche Fähigkeiten nicht nur bei Adeli-

gen, sondern auch bei Bürgerlichen, die sich am Habitus des Adels orientierten, weniger als die richtige Gesinnung, die sich bei Offizieren unter anderem im zackigen Auftreten manifestierte. Die Beschwörung von Härte und Männlichkeit bildete in den Jahren vor dem 1914 die ständige Begleitmusik zur damaligen Aufrüstung. Aber auch nachdem dieser Krieg verloren war, verkündeten hohe Militärs unbeirrt, es müsse vor allem „verweichlichten Friedensträumereien“ Einhalt geboten werden. In diesem Sinn schrieb der spätere Reichswehrminister General Groener 1919 in einem Brief an Reichspräsident Ebert: „Nur im *dauernden* Kampf um das Leben werden die geistigen und sittlichen Kräfte gestärkt und gestählt, die allein die Schwingen bilden für den Aufstieg eines Volkes.“ (Zit. bei Wette 2008: 149).

Dem entsprach ein Kult um Kämpfer und Kriegshelden. Sie als verehrungswürdig und vorbildhaft für den geforderten Mannesmut hinzustellen, sollte nicht allein dazu dienen, ihre Hinterbliebenen mit einem grausamen Schicksal zu versöhnen. Nicht wenige höhere Offiziere sahen hierin auch tatsächlich eine Leitlinie für militärische Entscheidungen. So galt bei der Kaiserlichen Marine die Parole, ein Schiff habe eher „mit wehender Fahne“ unterzugehen als zu kapitulieren. Als ein Geschwader, das von Admiral Spee befehligt wurde, sich im Dezember 1914 bei den Falklandinseln in aussichtsloser Lage befand, verweigerte der Admiral die Kapitulation und zog 2.000 Seeleute mit sich in den Tod – eine Tat, die nationale Marine-Historiker und später besonders Nationalsozialisten begeisterte, da sie darin ein Vorbild für den „heroischen Untergang“ erblickten. Derartige Aktionen passten zu dem Helden-Modell, das sie hoch hielten und lange vor 1939 propagierten. So etwa in dem Krieger-Denkmal am Hamburger Dammtor von 1934, auf dem gesichtslose Soldaten im Halbreief dumpf entschlossen dem Tod entgegen marschieren: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen.“

Graf Spee fand in der Tat im Zweiten Weltkrieg Nachfolger, unter anderem bei der Selbstversenkung des Schlachtschiffes „Bismarck“ im Atlantik. Aus diesem Geist heraus erwartete die politische Führung auch nach dem militärischen Debakel der Schlacht von Stalingrad, die 6. Armee würde dort „bis zum letzten Mann“ und „bis zur letzten Patrone“ kämpfen, somit also „ehrevoll“ untergehen. Dass die deutschen Generäle letztlich kapitulierten und sich gefangen nehmen ließen, wurde als schmachvoll und gänzlich unannehmbar hingestellt. Wie sehr der Wahn des heroischen Untergangs führende Militärs erfasst hat, wird schließlich daran deutlich, dass von den 5,3 Millionen im Krieg getöteten Wehrmachtsoldaten fast die Hälfte in der letzten Kriegsphase zwischen Juli 1944 und Mai 1945 starben. Selbst in gänzlich ausweglosen Situationen sollte bis zuletzt gekämpft werden, so im Fall der Festung Breslau, wo im April 1945 tausende Soldaten und Zivilisten ums Leben kamen und von der Stadt nur noch „verbrannte Erde“ übrig blieb (Wette 2008: 202ff).

2.2 Innere Führung?

Angesichts dieser Vorgeschichte gab es in der Bundeswehr von Anfang an einen „Kampf zweier Linien“ in Bezug auf den Wertehorizont der militärischen Ausbildung und Praxis sowie der Traditionspflege. Der erste Anstoß zur Neuordnung kam von Graf Baudissin, der an der Geheimkonferenz von Himmerod teilnahm. Er wollte an die Vorstellungen des preußischen Generals von Scharnhorst anknüpfen, der bereits nach den napoleonischen Kriegen Versuche zur Zivilisierung des Militärs unternommen hatte. Scharnhorsts Ziel war der „Staatsbürger in Uniform“. Ähnlich sah Baudissin für die neue Bundeswehr die Chance der „Stunde Null“: Weder Reichswehr noch Wehrmacht boten sich demnach als Vorbilder an. Aber Baudissin blieb in Himmerod in einer Minderheitsposition und die Bundeswehr zeigte in ihren ersten Jahren eine starke personale Kontinuität zu den nationalsozialistischen Formationen: Ende der 1950er Jahre stammten mehr als 12.000 Offiziere aus der Wehrmacht (davon mehr als 30 frühere Generale), 300 waren frühere SS-Offiziere (Bald 2001: 27, 2005: 51).

Die „Innere Führung“ hatte den Idealtyp eines Soldaten vor Augen, der seine Rechte nicht verlieren sollte, sobald er eine Kaserne betrat. In den Worten von Baudissin: „... den Willen zur Mitarbeit, zu Mitverantwortung und tätigem Gehorsam innerhalb der Bundeswehr zu wecken und zu fördern, das ist – auf die kürzeste Formel gebracht – die eigentliche Aufgabe der Inneren Führung.“ (Zit. bei Ganser 1977: 29) Eine Zentrale Dienstvorschrift, die Hilfen für die Umsetzung des Konzepts in die Praxis geben sollte, erschien jedoch erst 1972, und das Handbuch, in dem das Konzept zur „soldatischen Menschenführung“ ausgeführt wurde, enthielt ebenfalls nur unklare Vorgaben und blieb letztlich „im Unverbindlichen und Ausdeutbaren, im Zweifel Pathetischen... Hier kann sich jeder bedienen, Reformier wie Restaurateur.“ (Hesslein 1977: 17f).

Kaum in Umlauf gebracht, wurde das Konzept von führenden Militärs und Politikern auch bereits in Frage gestellt. An seiner Demontage beteiligte sich unter anderen Franz-Josef Strauß, der die Verballhornung vom „Inneren Gewürge“ in Umlauf gebracht haben soll. Ähnlich erklärte der stellvertretende Heeresinspekteur Grashey 1969 bei einem Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr, diese sollte die „Maske“ der Inneren Führung endlich fallen lassen und die Wehrmacht als Vorbild anerkennen. Ihm sekundierte General Heinz Karst mit der Befürchtung, Baudissins Konzept würde zu einer „unsoldatischen Armee“ führen, demgegenüber müsse der Soldat wieder in erster Linie „Waffenträger“ und „Kämpfer“ sein. In den folgenden Jahren wurde es bei den meisten Offizieren üblich, ein Lippenbekenntnis zur Inneren Führung abzulegen. Umgesetzt wurde davon relativ wenig, wie sich unter anderem beim Führungsverhalten von Vorgesetzten und bei der politischen Bildung zeigen sollte. Ein weiteres Hindernis stellte der wachsende Bürokratismus dar, der auf

allen Ebenen jegliche Eigeninitiative unterband, da alles und jedes technokratisch und zentralistisch geregelt wurde (Rechtsum und kehrt 1971: 28; Ganser 1977: 41ff.; Bald 2005: 49; Wette 2008: 224f.).

Wie wenig die Vorstellungen vom „Staatsbürger in Uniform“ in den Kasernenalltag eingezogen waren, belegen eine Reihe von Vorkommnissen bis in die neueste Zeit, bei denen Soldaten von ihren Vorgesetzten schikaniert und misshandelt wurden, die alten „08/15-Schleifermethoden“ demnach ungebrochen ihre Fortsetzung fanden. Bekannt wurden mehrere besonders dramatische Fälle, die vermutlich jedoch lediglich die Spitze des Eisbergs darstellen. 1959 sollten Rekruten eines Luftlande-Jäger-Bataillons mit voller Ausrüstung den eiskalten Fluss Iller durchqueren, was 15 von ihnen den Tod brachte. 1962 wurden sadistische, entwürdigende und zum Teil lebensbedrohliche Praktiken in der Fallschirmjäger-Kaserne von Nagold bekannt, an denen mindestens elf Ausbilder der Kompanie beteiligt waren. Auch aus einem Bericht des Heeresinspektors von 1981 ging hervor, dass sich in vielen Bundeswehr-Einheiten eine Subkultur mit eigenen Ritualen und Hackordnungen entwickelt hatte, bei der die Dienstälteren das Sagen hatten und es nicht selten zu Selbstjustiz und Schikanen kam (Bald 2005: 66, 119).

Nach einer Studie des Bundesfamilienministeriums von 2004 zum Thema „Gewalt gegen Männer“ gaben knapp 60% der befragten Männer aus verschiedenen Altersgruppen an, während ihres Militärdienstes „schikaniert, unterdrückt, schwer beleidigt oder gedemütigt“ worden zu sein; etwa die Hälfte davon sagten, man habe sie „gezwungen, etwas zu sagen oder zu tun, was sie absolut nicht wollten“, einige waren zeitweilig eingesperrt, gefesselt oder anderweitig in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt worden oder aber hatten Verletzungen durch andere erlitten (Bundeswehrsoldaten werden... 2004).

Auch nach 1990 sind derartige Gepflogenheiten keineswegs verschwunden. So gibt es offenbar eine zunehmende Akzeptanz für die Erziehung zur Härte im Zusammenhang mit *out-of-area*-Einsätzen. General Reinhard Günzel, der den Auftrag hatte, die KSK, die Elitetruppe für Spezialeinsätze (unter anderem in Afghanistan) aufzubauen, bezeichnete die Innere Führung als „unglückliche Konstruktion“ und vermisste „richtige Soldaten“. Demgegenüber stellte er die KSK wegen der „besonderen soldatischen Elemente“ in die Tradition der Ritterkreuzträger, die als Elite der Wehrmacht galten (Bald 2005: 185). Ein ehemaliger Oberstleutnant bestätigt die zunehmende Erosion der Prinzipien der Inneren Führung: „Statt des mitdenkenden Einzelkämpfers steht der archaische Kämpfer – erzogen zur Kriegstüchtigkeit – im Vordergrund von Ausbildung und Erziehung... Kriegserziehung und Auslandseinsätze fördern leider Tendenzen zu Oberflächlichkeit und Verrohung“ (Mehr Geist... 2007)

Fälle von sadistischen Praktiken wurden auch 2008 beim Prozess gegen die 7. Ausbildungskompanie des Instandsetzungsbatallions 7 aus Unna bekannt: „Da wurde getreten, geschlagen, Wasser in Mäuler gepresst, leichte Stromstöße

verabreicht, es wurden Hosen herunter gelassen und im Sand gekniet und gelegt.“ Anders als bei früheren Verfahren sah das Gericht diese Vorfälle nicht durchweg als verwerflich an, da Soldaten im Auslandseinsatz auf Extremsituationen wie Gefangenschaft oder Geiselnahme vorbereitet werden müssten. Das Gericht rügte daher lediglich „Exzesse“. Einige Soldaten, die als Zeugen geladen waren, fanden die Übungen „richtig geil“ und stuften sie als „einsatzorientiertes Geländespiel“ ein (Biermann 2008). Inwieweit der neue Kämpferkult die Alltagspraxis der Soldaten im Einsatz bestimmt – oder vielleicht auch nur für bestimmte Aufgaben gefragt ist – muss hier offen bleiben. Gegenläufige Einschätzungen besagen, Soldaten würden zunehmend zu Bedienern modernster Technologie und übten eine versachlichte Dienstleistung aus, dies zudem häufig aus sicherer Entfernung, etwa beim Einsatz von Drohnen (Warburg 2002). Die Reihe der Vorfälle, bei denen Rekruten – und neuerdings auch Rekrutinnen – entwürdigenden Praktiken und mitunter lebensgefährlichen Anordnungen ausgesetzt werden, hat sich in neuester Zeit beim Ausbildungsschiff der Bundesmarine Gorch Fock fortgesetzt. Ungeklärt ist nach wie vor, warum dort eine Offiziersanwärterin 2008 vor Norderney über Bord ging und wie es dazu kommen konnte, dass eine andere im November 2010 aus der Takelage zu Tode stürzte. Bis zum Januar 2011 wurde lediglich bekannt, dass es an Bord Alkoholexzesse gegeben habe und dass Vorgesetzte die Kadett/inn/en wiederholt unflätig behandelten (Sie haben sich aufgeführt... 2011).

2.3 Traditionspflege, aber auch kritische Soldaten

Innerhalb der Bundeswehr zeigten sich immer wieder Bestrebungen, ausdrücklich an Traditionen der Wehrmacht anzuknüpfen, so etwa bei der Namengebung von Kasernen und Schiffen. Bereits in der Aufbauphase wurde ohne jegliche Bedenken eine Liste herangezogen, die 1937/38 auf Weisung Hitlers zusammengestellt worden war – die betreffenden Offiziere waren entweder offene Antisemiten, überzeugte Nationalsozialisten oder Kriegsverbrecher, in jedem Fall treue Anhänger des „Führers“. Zu ihnen gehörten der General der Gebirgstruppe Ludwig Kübler oder der Generaloberst Eduard Dietl. Wiederholt kam es auch dazu, dass hohe Offiziere bei Vorträgen oder Begräbnissen ihre Verbundenheit mit ihren Vorgängern bei Wehrmacht oder Kriegsmarine zum Ausdruck brachten, etwa mit den Großadmiralen Karl Dönitz und Erich Raeder – beide vom Nürnberger Gericht als Kriegsverbrecher verurteilt. Bei anderen Gelegenheiten wurde der „alte Geist“ der Panzertruppe beschworen oder aber der frühere Stuka-Pilot, Oberst a.D. und bekennende Nationalsozialist Hans-Ulrich Rudel zu einem „unpolitischen Kameradschaftstreffen“ eingeladen. Aufsehen erregte des weiteren 1971 das von hunderten von Hauptleuten unterschriebene *Unna-Papier*, in dem 30 von ihnen mehr „Wehrwillen“ in der Bevölkerung und Soldaten als „Kämpfer“ sehen wollten, außerdem die Rück-

kehr zur eigenen Wehrjustiz und zur Möglichkeit des „verschärften Arrests“ forderten, damit „wieder ein frisch-fröhlicher Geist“ in die Truppe komme. Eine ähnliche Orientierung zeigte sich in der *Karst-Studie* von 1982, deren Verfasser in altbekannter Manier gegen „Innere Führung“ wettete, ebenfalls eine Wiederbelebung der „spezifisch soldatischen Normen“ forderte und als neuen Begriff denjenigen der „Kriegsbundeswehr“ ins Spiel brachte (Hesslein 1977: 9; Bald 2005: 61f, 90ff., 113f).

Anfang der 1990er Jahre gab es eine neue Welle des versuchten Geschichtsrevisionismus. Anstöße dazu kamen diesmal nicht allein aus dem Offizierskorps, sondern aus dem Verteidigungsministerium selbst, in dem Manfred Wörner als Repräsentant der Wertewende galt, mit dem nun das „Ende der Zivilisierung“ des Militärs abzusehen sei, wie einer seiner Berater hoffnungsvoll verkündete (Bald 2001: 53). In Bundeswehr-Publikationen wurde die SS-„Leibstandarte Adolf Hitler“ gelobt und Wehrmachts-General Halder als Vorbild gepriesen; in der theoretischen Ausbildung der Soldaten zog man wieder „bedeutende Schlachten und Feldzüge“ der beiden Weltkriege modellhaft heran: Tannenberg 1914, Charkow 1943, Ardennen 1944 – Vernichtungsschlachten von großen Armeen, die zwar keineswegs militärstrategisch auf die neuen Anforderungen der *out-of-area*-Einsätze vorbereiteten, aber die Botschaft vermittelten, es handele sich jenseits des historischen Kontextes um „saubere“ Operationen von Großverbänden“ (Bald 2005: 116, 154).

Just in diese Zeit der neuerlichen Bemühungen zur Rehabilitierung der Wehrmacht fiel die Wanderausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Die 1995 in Hamburg eröffnete Ausstellung wollte anhand ausgewählter Beispiele zeigen, dass die Wehrmacht nicht einfach Krieg gegen gegnerische Soldaten geführt, sondern sich am Holocaust beteiligt, Kriegsgefangene ermordet und Vernichtungskriege gegen Zivilisten geführt hatte. Sie hatte ungeheure und unerwartete öffentliche Resonanz, rief aber gleichzeitig empörte Reaktionen von konservativen Politikern und Angehörigen der Traditions- und Soldatenverbände hervor, die sich ihr Bild von der „sauberen Wehrmacht“ nicht zerstören lassen wollten (Am Abgrund... 1999).

Dennoch gab es selbst innerhalb der Bundeswehr immer auch Stimmen, die sich gegen die Idealisierung der Wehrmacht und eine neue aggressive Militärpolitik richteten. So erfasste die Aufbruchsstimmung vieler junger Menschen von 1968 eine Gruppe von Offizieren, Absolventen der Heeresoffizier-Schule II in Hamburg, die das Papier *Leutnant 70* verfassten, in dem sie das ständische Denken des Offizierskorps ablehnten und mit dem Konzept des Staatsbürgers in Uniform Ernst machen wollten. Sie fanden Nachfolger in der Gruppe *Darmstädter Signal*, seit 1983 ein „kritisches Forum für Staatsbürger in Uniform“, an dem sich aktive und ehemalige Bundeswehr-Offiziere beteiligten. Es wurde ursprünglich von 20 Offizieren und Unteroffizieren gegründet,

die sich gegen die Stationierung neuer Atomraketen im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses wandten. Der bis heute bestehende Arbeitskreis spricht sich für eine kleinere und nicht angriffsfähige Bundeswehr sowie den Abbau von Massenvernichtungswaffen auf deutschem Boden aus. Auch „friedens erzwingende Kampfeinsätze“ und die deutsche Beteiligung am Afghanistan-Krieg werden abgelehnt. In einer Pressemitteilung vom April 2010 heißt es: „Der Einsatz von Streitkräften ist nicht die Lösung des Problems, sondern das Problem selbst. Die Bundeswehr trägt in Afghanistan nicht zur vernetzten Sicherheit, sondern zur vernetzten Unsicherheit bei.“ (Darmstädter Signal)

3. Militär und Rüstungsindustrie

Kaiser Wilhelm II war mehrfach zu Besuch in der Villa Hügel, speiste dort und vermittelte auch die Heirat von Bertha Krupp, der Alleinerbin von Alfred Krupp, mit Gustav von Bohlen-Halbach. Die engen persönlichen Kontakte führten zu diversen Bevorzugungen des Unternehmens wie etwa zu günstigen staatlichen Krediten. Krupp brauchte das Reich und das Reich brauchte Krupp. Es handelte sich also in den Worten von Klaus Tenfelde um eine „gegenseitig machtstützende Verbindung“ (Tenfelde 2005: 7). Sie war einer der Bausteine für die Aufrüstung vor 1914 und fand auf andere Weise ihre Fortsetzung im Nationalsozialismus. Mit der Herstellung von Geschützen, Panzern und U-Booten avancierte Krupp ab 1933 abermals zu einer der führenden Rüstungsschmieden. Kein Krieg ohne vorherige Aufrüstung – diesen einfachen, aber vielfach bestätigten Zusammenhang hatten die Alliierten vor Augen, als sie den Deutschen in Potsdam auferlegten, in Zukunft keine Kriegswaffen mehr zu produzieren. In den Gründungsjahren der Bundesrepublik wurde dieses Prinzip zunächst auch hoch gehalten. So stimmten sämtliche Fraktionen zu, als der Sozialdemokrat Carlo Schmid 1948/49 im Parlamentarischen Rat erklärte, „dass in Deutschland keine Kanonen mehr gebaut werden sollen, nicht nur für uns, sondern auch für andere nicht.“ (Zit. bei Brzoska 1989: 501). Inwieweit ist für die spätere Bundesrepublik dennoch eine Kontinuität zur früheren Bedeutung des Rüstungssektors erkennbar?

3.1 Krupp und andere

Im Kaiserreich wurde ab 1890 aufgerüstet. Als erstes wurden die Landstreitkräfte vergrößert, was zunächst überwiegend defensiven Charakter hatte, da damit vor allem die deutsche Position in den internationalen Bündnissystemen verbessert werden sollte. Später stellte das vergrößerte Heer die Basis für den seit 1895 entwickelten Schlieffen-Plan dar, der von einer präventiven Aggression gegen Frankreich ausging. Dennoch verlagerte sich das Schwergewicht der Rüstung in der Folgezeit auf die Marine, die insbesondere gegen Großbritannien offensiv in Stellung gebracht werden, aber auch die Chance zur

„Weltpolitik“ eröffnen sollte und somit die spätere militärische Vabanque-Politik einläutete. Die geplanten Schlachtschiffe befriedigten den im Bürgertum verbreiteten Flottenenthusiasmus und versprachen kontinuierliche Aufträge für die beteiligten Werften. Ab 1900 steigerten sich die Ausgaben für die Flotte abermals, inzwischen zusätzlich angetrieben durch britische Neuentwicklungen. Die *Dreadnoughts* deklassierten die gerade neu gebauten deutschen Panzerschiffe und heizten den Rüstungswettlauf weiter an (Wehler 1995: 1109ff).

Bis zum Ersten Weltkrieg war Rüstungsproduktion vor allem eine Aufgabe der Schwerindustrie. Als typisches Unternehmen dafür kann die 1811 von Friedrich Krupp begründete Firma gelten, die unter seinem Sohn Alfred zum größten Eisen- und Stahlunternehmen Europas wurde. Zum Konzern gehörten Zechen, Erzgruben, Hochöfen, Hüttenwerke und Fabriken zur Metallverarbeitung. Der Anteil von Rüstungsgütern schwankte bis 1914 in einzelnen Jahren zwischen 17% und 56%, wobei Kanonen und Panzerplatten nicht nur an die deutsche Armee, sondern auch an andere Länder geliefert wurden, was die deutsche Regierung zwar argwöhnisch beäugte, aber letztlich doch tolerierte, weil auf diese Art Kapazitäten bestanden, die man im Kriegsfall exklusiv zu nutzen gedachte. Während des Ersten Weltkriegs kam Krupp mit der massenhaften Herstellung von Granaten und Sprengkörpern, von Geschützen und Mörsern – darunter der berühmten „Dicken Bertha“ – auf einen Rüstungsanteil von 60%. Nach dem Friedensvertrag von Versailles musste auch bei Krupp die Produktion auf zivile Güter wie Lokomotiven, Milchkannen oder Registrierkassen verlagert werden, doch bemühte sich die Firma darum, ihre Rüstungssparte über ausländische Kooperationen weiter zu pflegen (Bontrup/Zdrowomyslaw 1988: 52ff, 74, 88, 95).

Ab 1933 intensivierte sich die Kooperation von Wirtschaft und Militär wieder, wobei Unternehmen der Schwerindustrie schon sehr bald die Produktion von Rüstungsgütern forcierten, während andere Sektoren – wie die international wettbewerbsfähige Elektroindustrie – erst später auf diese Linie einschwenkten. Krupp wurde einer der Hauptprofiteure der nationalsozialistischen Aufrüstungs- und Kriegspolitik, weshalb Alfred Krupp in Nürnberg neben anderen Wirtschaftsführern als Kriegsverbrecher verurteilt wurde. Als er das Gefängnis 1951 vorzeitig verlassen konnte, erklärte er: „Ich hoffe, Krupp wird nie wieder gezwungen sein, Waffen zu fertigen.“ (Bontrup/Zdrowomyslaw 1988: 118; Lexikon des Nationalsozialismus 1998: 855).

3.2 Traditionsfirmen und newcomer

Angesichts der Profitabilität dieses Zweigs sah sich Krupp in den folgenden Jahren dann doch „wieder gezwungen“, in die Rüstungsproduktion einzusteigen. Auch andere Unternehmen drängten in diese Richtung. Nach einem Bericht des *Spiegels* von 1956 bestand beim Bundesverband der deutschen In-

dustrie damals bereits seit drei Jahren ein „Ausschuß für Verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten, in dem von der ‚Arbeitsgruppe gepanzerte Fahrzeuge‘ bis zur ‚Gruppe für Annäherungszünder und Raketengeschosse‘ Fachleute aller Rüstungssparten bereitstehen.“ (Die neuen Hoflieferanten 1956: 19). Von Seiten der Politik wurden solche Ambitionen ebenfalls begrüßt. So verkündete der christdemokratische Bundestags-Abgeordnete Fritz Behrendsen, ehemaliger Generalstabsoffizier, im Namen seiner Fraktion, „die allgemeine Wehrpflicht schließe auch eine allgemeine Rüstungspflicht ein“ (ebd.: 21).

Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts stellen die Eisen- und Stahlproduktion sowie die Metallverarbeitung nicht mehr die Schlüsselbranchen für die Herstellung von Kriegsgerät dar. Zwar werden in Deutschland nach wie vor Massengüter in großen Serien produziert, also Gewehre aller Art, Maschinenpistolen und -gewehre, Handgranaten, Mörser und Minen oder Munition – man denke etwa an das millionenfach verbreitete Sturmgewehr G3 von Heckler & Koch. Aber bereits im Ersten Weltkrieg profilierte sich die Elektroindustrie mit Kriegsgütern und es begann der Aufstieg des militärischen Flugzeugbaus. Neben der Fertigung von klassischen Massengütern ist es in den letzten Jahrzehnten zu einer verstärkten „qualitativen Rüstung“, also der Produktion von hochkomplexen technischen Waffensystemen in kleinen Serien gekommen: Krupp wurde in seiner Vorrangstellung von MBB, DASA und EADS abgelöst (Brandt 1966: 237, 29ff.; Hanel 2003: 47ff).

Da es bei den neuen Waffensystemen in der Regel nur wenige Anbieter gab, erfolgten die Aufträge meist auf dem Weg der freihändigen Vergabe. Den Herstellern erlaubte dies die Entwicklung von extrem anspruchsvollen, häufig überkomplexen und somit störanfälligen Lösungen, „Bravourstücke ungeheuerlichen Ingenieurwissens“ für die Mary Kaldor in den 1980er Jahren den Begriff „Rüstungsbarock“ prägte (Kaldor 1981). Hauptprofiteur dieser Entwicklung war die Luftwaffe, die seit der Wiederbewaffnung bei den Ausgaben für Beschaffung wie für Forschung und Entwicklung Heer und Marine weit hinter sich ließ. Die Komplexität der neuen Systeme überforderte die Einkäufer der Bundeswehr des Öfteren, so im Fall der überhasteten Entscheidung von Franz-Josef Strauß für den Starfighter der US-Firma Lockheed, der dann in Deutschland nachgebaut und gewartet wurde. Es handelte sich um einen „Schönwetterjäger“, von dem Strauß sich erhoffte, er würde sich als „Atombomber für Nacht und Nebel“ umrüsten lassen. Der Einsatz der F 104 in Übungsflügen wurde zu einem Desaster: von 917 Bundeswehr-Maschinen stürzten 292 ab und 108 Piloten verloren ihr Leben. Im Volksmund erwarb sich das Flugzeug den Beinamen „Witwenmacher“ (Starfighter zu verkaufen 2005; Ruby 2008: 37).

Für die Rüstungsindustrie waren die Jahre des Kalten Krieges goldene Zeiten, in denen sie im Verein mit Politikern, die immer wieder auf eine aggressive Expansionspolitik der Sowjetunion verwiesen, stetig steigende Ausgaben für

neue Waffensysteme durchsetzen konnte. „Da musste“, wie Peter Lock es in einem Interview rückblickend auf den Punkt brachte, „ein Unternehmen nur sagen, wir können ein U-Boot bauen, das, wenn es auf die Küste zuläuft, die Ketten ausfährt und als Panzer weiterkämpft, oder so etwas. Dazu brauchen wir Entwicklungsgelder, das wird voraussichtlich so viel kosten. Das wurde genehmigt. Und nach ein bis zwei Jahren wurde mitgeteilt, daß leider einige Details noch etwas teurer gekommen sind und daß die ganze Sache noch etwas länger dauert. Und schnell wurde eine weitere Genehmigung erteilt. Ein System konnte gar nicht so schlecht sein, daß es eine Chance gehabt hätte, eingestampft zu werden.“ (Terre des hommes 2000: 3) Ein anderes Argument, mit dem die Rüstungsindustrie sich lange Zeit in der Öffentlichkeit eine gewisse Legitimation verschaffen konnte, lag in der Selbstpräsentation als Innovationsmotor, dem die Teflonpfanne ebenso gut wie der Computer zu verdanken sei. Das bedeutete häufig extrem teure Entwicklungs-Umwege zu zivilen Produkten – und oft nicht einmal das. Senkrecht startende Flugzeuge wurden ähnlich teure Forschungsrühen wie die Großkampfschiffe Fregatte 70 und der Kampfpanzer 70, „der zu einem technischen Monstrum gediehen war und mehr als doppelt soviel wie andere Panzer kosten sollte“ (ebd.: 72).

Unterstützung bekam die Rüstungsindustrie meist auch durch Politiker in Regionen, die stark von dieser Branche abhängig waren, wie etwa Bremen oder Baden-Württemberg – und indirekt durch Gewerkschafter der IG Metall. Zwar hatte diese sich in den 1980er Jahren nach dem englischen Vorbild von Lucas Aerospace ebenfalls für die Konversion von Rüstungsproduktion zu zivilen Produkten eingesetzt, doch wurden solche Vorhaben nur punktuell verwirklicht und blieben angesichts steigender Arbeitslosigkeit auch bei den Belegschaften selbst stets umstritten (Lock 2002).

All dies weist eher auf besonders durchsetzungsfähige Unternehmen hin als auf eine besonders effektiv ausgerüstete Bundeswehr. Aus den nationalen Projekten früherer Jahre wurden seit 1990 verstärkt internationale Kooperationen, zudem erfolgte eine Verlagerung der Schwerpunkte, bei der viele traditionelle Heereslieferanten erhebliche Umsatzeinbußen erlitten und in großem Umfang Arbeitsplätze abgebaut wurden. Die neuen Mega-Beschaffungen der Luftwaffe hatten demgegenüber zur Folge, dass sich die bekannten Probleme noch einmal potenzierten: widersprüchliche Wunschkataloge der Auftraggeber, intransparente Kostenstrukturen und explodierende Preise.

So plante man in den 1980er Jahren, 200 Stück des Jäger 90 zu bestellen. Jeder davon sollte 83 Mio. DM kosten. Danach wurde das Mehrzweckkampflugzeug in europäischer Gemeinschaftsproduktion weiter entwickelt, wozu der Bundestag 6 Mrd. DM gewährte. Im Jahr 1992 betrug der Preis für das gesamte System 134 Mio. DM und der damalige Verteidigungsminister Rühle verlangte ein „Umsteuern“, was zu einer Umbenennung in „Eurofighter“ führte. „Der Eurofighter“, führte ein Experte 2005 aus, „wird bei gegenwärtig

geschätzten Programmkosten von insgesamt 24 Milliarden Euro den finanziellen Umfang eines kompletten Jahresverteidigungshaushalts beanspruchen und damit das bislang teuerste Programm der Bundeswehr sein.“ (Lange 2005: 7). Das technische Wunderwerk wird nicht vom Piloten selbst gesteuert, sondern dies wird von einer Automatik besorgt. Allerdings zeigten sich im Lauf der weiteren Entwicklung Mängel bei der Software sowie bei Heckflossen und Flügeln. Bis 2009 verfügte die Luftwaffe über 38 Maschinen, von denen meist jedoch weniger als die Hälfte im Einsatz sind, während die übrigen repariert werden. Der Stückpreis für die noch zu liefernden Kampffjets ist abermals gestiegen (Schramm 2004: 3; Mängel an der Heckflosse 2009).

Neben den Beschaffungen der Bundeswehr hatte die Rüstungsindustrie von Anfang an erhebliches Interesse an Exporten. Mit der Wiederbewaffnung wurde auch die Frage akut, wie diese zu regeln seien. Dazu bestehen seit 1961 zwei Gesetze, die nach unterschiedliche Logiken funktionieren: das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) verbietet alle Exporte von Kriegswaffen und ihrer Komponenten, sofern nicht eine ausdrückliche Erlaubnis gegeben wird. Das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) erlaubt alle Exporte von Kriegsgütern und von *dual use*-Produkten, sofern sie nicht explizit verboten sind. Während sämtliche Bundesregierungen immer wieder den „restriktiven“ Anspruch der deutschen Politik hoch hielten, vertreten führende Friedensforscher, gerade diese Doppelung habe dazu geführt, dass die Exportpraxis besonders undurchsichtig ist und ein „von außen nur schwer durchschaubares Dickicht aus ‚Gewohnheitsrechten‘, Umgehungsoptionen, Präzedenz- und Vergleichsfällen sowie Ausnahmeregelungen“ bildet (Nassauer/Steinmetz 2005: 25).

Zwar fielen die deutschen Gesetze tatsächlich restriktiver aus als in anderen großen Rüstungsexportländern, sie haben jedoch in keiner Weise verhindert, dass die Bundesrepublik bereits in den 1970er Jahren zum weltweit fünfgrößten Exportland für Rüstungsgüter wurde und seither ihre Position in dieser Hinsicht noch weiter ausgebaut hat. Im Gegensatz zu den Behauptungen sämtlicher Bundesregierungen und gänzlich unabhängig von den Parteien, die sie stellten, hat keine von ihnen jemals ernsthaft versucht, Exporte einzudämmen. Hatten die Genehmigungen bereits 1980 den Umfang von 2,2 Mrd. DM erreicht, so schwankten sie seither jährlich, stiegen aber im Trend stark an und lagen 2007 bei fast 9 Mrd. Euro. Kriegsschiffe und Panzer, automatische Waffen und Fertigungsanlagen für Rüstungsprodukte erwiesen sich als „Exportschlager“ und wurden immer wieder in Kriegs- und Spannungsgebiete geliefert, unter anderem in den Irak und nach Afghanistan. EU-Embargos – etwa gegen China und Libyen – wurden unterlaufen, die eigenen Selbstverpflichtungen ignoriert, auf mögliche Kontrollen von Lizenzproduktionen im Ausland (beispielsweise von Heckler & Koch im Iran) verzichtet (Guha 1982: 53; Paes 2000: 8; Rüstungsexportberichte der GKKE seit 1999).

Seit 2000 hat sich die Regierung dazu verpflichtet, regelmäßige Berichte über

Rüstungsexporte vorzulegen. Der neueste Bericht lässt, wie Otfried Nassauer in einem Interview ausführt, eine rhetorische Wendung erkennen: „Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie hat als politisches Ziel an Gewicht gewonnen, das Ziel einer restriktiven Rüstungsexportpolitik steht auf der Verliererseite.“ (Zu spät... 2010: 4). Auch hier haben sich die Interessen der Industrie demnach auf der ganzen Linie durchgesetzt.

4. Der Militarismus und die Gesellschaft

Im August 1914 zogen Soldaten in sämtlichen Städten zu den Bahnhöfen und wurden dabei meist vom Jubel der Bevölkerung begleitet. Sie würden ja Weihnachten bereits zurückgekehrt sein, und dann könnte man wieder, wie 1871 nach dem Krieg gegen Frankreich, einen deutschen Sieg feiern. Im Frühjahr 1964, also 50 Jahre später, demonstrierten Tausende bei Ostermärschen gegen „Atomwaffen in Ost und West“. Gibt es eine geradlinige Entwicklung von der Kriegsbegeisterung zum Anti-Militarismus? Oder bestand zu verschiedenen Zeiten immer wieder ein Nebeneinander von beiden Haltungen?

4.1. Für und gegen imperialistische Abenteuer

Wolfram Wette zufolge war die Zustimmung zum Militär und zu kriegerischer Politik im Kaiserreich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus verankert: „An der Militarisierung der deutschen Gesellschaft in der Zeit des Kaiserreichs waren im Grunde alle gesellschaftlich und politisch organisierten Gruppen irgendwie beteiligt, die adligen Militaristen, die bürgerlichen Militaristen und – wider Willen – auch die sozialdemokratischen Militärpolitiker mit ihren Forderungen nach vormilitärischer Jugendausbildung und Schaffung einer Volkswehr.“ (Wette 2008: 83) Dazu gab es den „Militarismus der kleinen Leute“, der in den Kriegervereinen zu Hause war. Die Veteranen wollten sich ihrer ruhmreichen Erlebnisse, aber auch ihrer Leiden und Entbehrungen erinnern, blickten jedoch keineswegs erwartungsvoll neuen Kriegen entgegen. Anders die nächste Generation der Vertreter des Hurra-Patriotismus, die sich nach der Jahrhundertwende für eine massive Aufrüstung einsetzten – der Deutsche Flottenverein hatte dabei die Marine im Blick, der Deutsche Wehrverein das Heer – und einen aggressiven Nationalismus vertraten. Unterstützt wurde militaristische Politik durch Organisationen wie den Vaterländischen Frauenverein oder den Flottenbund Deutscher Frauen (Wette 2008: 72ff., 94f).

Demgegenüber war die Haltung der Sozialdemokraten zwiespältig. Hier gab es einerseits August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die im Sommer 1870 den Mut hatten, sich als einzige Abgeordnete im Reichstag des Norddeutschen Bundes gegen die von Bismarck geforderten Kredite zur Finanzierung des Krieges gegen Frankreich auszusprechen. Das brachte ihnen den Vorwurf des Landesverrats und eine zweijährige Festungshaft ein. Auch verfasste Wilhelm

Liebkecht 1887 ein Flugblatt unter der Überschrift „Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen“. Andererseits profilierten sich Sozialdemokraten im Reichstag mit Kritik am militärischen „Firlefnanz“, indem sie Pomp und Paraden als überflüssig und dysfunktional anprangerten und gleichzeitig praktische Vorschläge zur Modernisierung des Kriegswesens unterbreiteten (Wette 2008: 65ff).

Kritische Stimmen, die sich grundsätzlich gegen die Aufrüstung und den Geist des Militarismus wandten, hatten es schwer in einer Gesellschaft, in der Disziplin und Unterwürfigkeit weithin als Tugenden anerkannt und Männer in Uniform als „schneidig“ bewundert wurden. Sie blieben vereinzelt, waren in unterschiedlichsten weltanschaulichen Lagern zu Hause und konnten sich nicht als soziale Bewegung entfalten. Zu ihnen gehörten der Katholik Bischof von Ketteler, der Linksliberale Ludwig Quidde, der Anarchist Gustav Landauer, die Sozialdemokratinnen Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Luise Zietz, die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann (Wette 2008: 86ff).

Nach dem August 1914 fand die breite gesellschaftliche Akzeptanz des kriegेरischen Imperialismus ihre Fortsetzung in verschiedenen Bereichen, unter anderem als prominente deutsche Wissenschaftler und Künstler im *Aufruf der 93* das militärische Vorgehen der Mittelmächte – insbesondere die Verletzung der Neutralität Belgiens – wortreich unterstützten. Mehr als 3.000 deutsche Professoren verabschiedeten eine öffentliche Erklärung mit ähnlichem Tenor. Nach drei Kriegsjahren erreichte die Desillusionierung vieler Soldaten aber auch die Heimatfront und im Januar 1918 wurde in mehreren Städten für „Frieden, Freiheit und Brot“ gestreikt. Im November desselben Jahres erhoben sich Unteroffiziere und Mannschaftssoldaten der Kriegsmarine gegen die Zumutung der Admiralität, angesichts des bevorstehenden Waffenstillstands noch einmal zu einem „letzten Gefecht“ auszulaufen – eine Meuterei, die zum Zündfunken für den revolutionären Brand wurde, der schließlich im ganzen Deutschen Reich die bisherige monarchistische Struktur in Schutt und Asche legte und allerorten zur Etablierung von Arbeiter- und Soldatenräten führte (Wette 2008: 107f).

Mit 9 Mio. Militärtoten und fast 6 Mio. Ziviltoten übertrafen die Folgen des Krieges die schwärzesten Prognosen derjenigen, die vor 1914 davor gewarnt hatten, sich auf militärische Abenteuer einzulassen. Ab 1920 sammelten sich die Kriegsgegner unter der Parole „Nie wieder Krieg!“. Sie wollten die Verständigung mit den Siegermächten und Krieg als Mittel der Politik ein für alle Mal ächten, also den preußischen Militarismus und den „Schwertglauben“ endgültig hinter sich lassen. Generell aber blieb die Gesellschaft der Weimarer Republik zutiefst vom Geist des Militarismus geprägt. Konkrete Form nahm dieser nicht nur in den geheimen Rüstungsplanungen, sondern auch in paramilitärischen Organisationen an, die von Seiten des Staates zwar nicht legitimiert, je-

doch geduldet wurden. Außerdem gab es eine Justiz, die jede Art von Pazifismus erbarmungslos verfolgte, indem sie die Mörder von Pazifisten schützte und Kritikern des Militarismus Landesverratsprozesse und Beleidigungsverfahren anhing (Wette 2008: 155ff).

Anders als 1914 blieb die Stimmung in der Bevölkerung nach der Entfesselung des Krieges im September 1939 verhalten, aber sehr viel mehr Menschen als zuvor, Männer wie Frauen, wurden unmittelbar in das Kriegsgeschehen einbezogen. Die Nationalsozialisten verfolgten das Ziel einer Volksarmee. Zwischen 1935 und 1945 waren ungefähr die Hälfte der deutschen Männer in die Wehrmacht eingezogen – die wenigsten freiwillig, die meisten zwangsverpflichtet. Auf diese Art wurde der höchste Militarisierungsgrad erreicht, den es jemals in der preußisch-deutschen Geschichte gegeben hatte. Ein SA-Führer formulierte den umfassenden Anspruch des Regimes zu Kriegsbeginn so: „Alle deutschen Menschen, ganz gleich, wo sie stehen oder ob sie gerade den feldgrauen Rock tragen oder nicht, sind Soldaten... Im Kriegsfall steht das ganze Volk, angefangen vom Kind ... bis zum ältesten Greise einschließlich der Frauen im Abwehrkampf.“ (Zit. in Wette 2008: 181). Offener Widerstand war unter diesen Umständen aussichtslos. Innerhalb des Militärs wurde er selbst bei geringfügigen Vergehen erbarmungslos verfolgt. Gegen Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“ wurden von Militärgerichten mehr als 30.000 Todesurteile vollstreckt, fast doppelt so viele wie bei Zivilprozessen (Beck 2002).

4.2 Die „Ohne mich“-Kampagne und weitere Anti-Kriegs-Aktionen

In der Bundesrepublik der 1950er Jahre gab es in weiten Teilen der Bevölkerung eine deutliche Abneigung gegen eine „Remilitarisierung“ – so der damals verwendete Ausdruck, im Gegensatz zu dem von Adenauer bevorzugten, neutraleren klingenden Begriff „Wiederbewaffnung“. Kriegerische Ideale und Parolen der Art, am deutschen Wesen solle die Welt genesen, hatten ihre Strahlkraft verloren. Die Mehrzahl der Bundesbürger erfreute sich jetzt lieber an steigenden Löhnen und längerem Urlaub: am ersten VW-Käfer, an der ersten Ferienreise nach Rimini, am ersten Vollwaschautomaten. Doch trotz aller Konsumorientierung provozierten die Regierungs-Pläne auch die erste große pazifistische Bewegung der Nachkriegszeit. Die „Ohne mich“-Kampagne wurde von der SPD, den Gewerkschaften, der evangelischen Kirche sowie Neutralisten aus unterschiedlichen Lagern unterstützt und speiste sich aus unterschiedlichen Motiven: von der Befürchtung, die deutsche Aufrüstung könne die Wiedervereinigung verhindern bis zur grundsätzlichen ethisch-moralischen Ablehnung. Es kam zu einer Reihe von eindrucksvollen Anti-Kriegs-Manifestationen. Eine von verschiedenen Jugendorganisationen organisierte „Friedenskarawane“ etwa mobilisierte binnen Kurzem trotz eines Verbots 30.000 Teilnehmer. Wie alle späteren derartigen Bewegungen sahen sich auch diese Kampagnen einem

permanenten publizistischen Sperrfeuer durch die Regierung ausgesetzt, sie seien kommunistisch unterwandert und stellten somit „Moskaus fünfte Kolonne“ dar (Jäger/Schmid-Vöhringer 1982, Wette 2008: 220).

Die Pläne für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr führten zu einer neuen Protestwelle, an der sich diverse Gruppierungen beteiligten: Synoden der evangelischen Landeskirchen, Göttinger Atomphysiker (*Erklärung der Göttinger Achtzehn*) und viele Schriftsteller. Zu einer der zahlreichen Kundgebungen unter der Parole „Kampf dem Atomtod“ riefen im April 1958 in Hamburg auch der junge Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt und die Bild-Zeitung auf. Mehr als 150.000 Menschen – Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Studierende, Hausfrauen, Rentnerinnen und Rentner – versammelten sich vor dem Hamburger Rathaus, von dessen Balkon der Sozialdemokrat und Hamburger Bürgermeister Max Brauer eine flammende Rede hielt (Schildt 2008). An den Ostermärschen – einer aus Großbritannien importierten Widerstandsform – beteiligten sich anfangs nicht mehr als einige hundert Friedensbewegte, aber dann hatten sie Jahr für Jahr mehr Zulauf, um 1968 auf 300.000 Teilnehmer zu kommen. So viele sollten es allerdings später nie mehr werden, da insbesondere die Gründung der DKP zu widerstreitenden Positionen und Spaltungen führte. Für Andreas Buro, den langjährigen Organisator und Sprecher der Bewegung, wurde die neue Organisationsform im Rückblick zu „einer Art Urmutter“ der neuen sozialen Bewegungen der folgenden Jahre: „So konnten damals ganz randständige Gruppen von Pazifisten zu einem Fokus werden für die erste von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen Großorganisationen unabhängige außerparlamentarische Opposition.“ (Buro 2005)

Die Studentenbewegung war nicht die erste und einzige Bewegung, die sich gegen blinden Gehorsam und Autoritätsgläubigkeit wandte, aber mit ihrer engagierten Kritik am Vietnam-Krieg beförderte sie Ende der 1960er Jahre auch Proteste gegen die massive Aufrüstung der Bundesrepublik und gegen zunehmende Rüstungsexporte. Seit Ende der 1970er Jahre führte die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen zu neuen großen Friedenskundgebungen, darunter diejenige von 300.000 Menschen im Bonner Hofgarten. Picassos weiße Friedenstaube war weit verbreitet, „Entrüstet euch“ sowie „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ wurden zu gängigen Parolen und dezentrale Aktionsformen wie Licherketten, Mahnwachen oder Sitzblockaden praktiziert. Den Krefelder Appell von 1980 unter dem Motto „Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen in Europa“ unterschrieben ca. 4 Millionen Bundesbürger/innen (Bald 2005: 106).

Massenaktionen wie in der ersten Hälfte der 1980er Jahre gab es in den folgenden Jahrzehnten nur noch vereinzelt, etwa zu den Golfkriegen 1991 und 2003. Aber dort wie auch beim Jugoslawienkrieg zeigte sich eine wachsende Spaltung der Friedensbewegten in Bezug auf die Legitimität der Ziele und das Vorgehen der NATO-Truppen, insbesondere seit die Partei Die Grünen, die

starke Wurzeln in der Friedensbewegung hatte, Koalitionspartner der SPD auf Bundesebene wurde. Auch professionalisierten sich Teile der früheren Friedensbewegung und wurden zu antimilitaristischen Gruppen, die sich auf die Dokumentation und Analyse bestimmter Aspekte von Aufrüstung und Krieg spezialisierten und punktuelle Mobilisierungen, etwa zu Rüstungsexporten oder zur Problematik der Minen in Gang brachten.

Nach einer Allensbach-Umfrage vom Mai 2010 sahen 86% der Befragten den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr als Krieg an, 65% sprachen sich für die Beendigung des Einsatzes und 48% für einen sofortigen Abzug aus. Zu machtvollen Demonstrationen, die den Protesten früherer Jahrzehnte entsprechen würden, kam es bisher gleichwohl nicht (Petersen 2010).

5. Fazit

Kehren wir zurück zum Konferenztisch in Schloss Cecilienhof im Juli 1945. Das dort formulierte Ziel lautete, den deutschen Militarismus ein für alle Mal zu zerstören. Das betraf als erstes das Verhältnis von Politik und Militär. Konkret hieß das, keinen eigenen Generalstab mehr zuzulassen. Das Militär sollte von der Politik – insbesondere vom Parlament – kontrolliert werden und nicht eigenmächtig handeln können. Die Erfahrungen seit dem Kaiserreich haben allerdings gezeigt, dass die Option eines Angriffskrieges nicht zwangsläufig durch die institutionelle Einbindung des Militärs verhindert wird. In der Bundesrepublik haben Mehrheiten des Bundestages über Jahre hinweg steigende Militärhaushalte verabschiedet, der Finanzierung von Angriffswaffen sowie seit 1990 der Entsendung von Truppen *out of area* zugestimmt – und auch bereits vor vier Jahrzehnten die Möglichkeit eröffnet, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen. Lediglich militärische Alleingänge wurden durch die Einbindung in Bündnissysteme verhindert.

Der Geist des Militarismus manifestierte sich des weiteren im Innenleben des Militärapparates. Der Kult um Kämpfertum, harte Männlichkeit, blinde Unterordnung und selbstzerstörerisches Heldentum ist tief in den Traditionen des deutschen Militärs verankert und wurde in beiden Weltkriegen wiederholt als Anforderung an die Soldaten gestellt. In der Bundeswehr sollte mit der „Inneren Führung“ ein demokratisches Gegenkonzept durchgesetzt werden, das jedoch nur in Ansätzen verwirklicht wurde, während für viele die deutsche Wehrmacht immer noch Leitbild blieb. Die Rechte der Soldaten wurden aber zumindest gesetzlich gestärkt und die Willkür von Vorgesetzten auch durch die Einführung eines Wehrbeauftragten begrenzt. Wenn es auch starke Linien der Kontinuität zum früheren Kommiß-Denken gibt, so gibt es innerhalb der Bundeswehr erstmals auch Stimmen, die dieses deutlich in Frage stellen.

Als dritte Dimension wurde von den Alliierten die wirtschaftliche genannt. Hier fällt die Fortführung einer bereits im Kaiserreich starken Position der

Rüstungsindustrie ins Auge. Der politische Druck zur Konversion blieb nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg stets zeitlich begrenzt und die Bundesrepublik nimmt bei der Produktion wie beim Waffenexport international abermals eine herausragende Stellung ein. Keine Regierung hat sich jemals ernsthaft darum bemüht, deutsche Kriegsproduktion einzudämmen und den weltweiten Einsatz deutscher Waffen in Konfliktregionen und Krisengebieten zu verhindern.

Was schließlich den Militarismus in der Gesellschaft betrifft, so war und ist kriegerisches Denken in der Bundesrepublik sehr viel weniger populär als vor dem Ersten Weltkrieg. In der Zwischenkriegszeit und in den ersten Jahrzehnten nach 1945 hat es immer wieder große Kampagnen gegen Aufrüstung, Atomwaffen und Kriege gegeben. Die aktuelle Lethargie angesichts des Afghanistan-Einsatzes zeigt allerdings, dass Krieg auch ohne Kriegsbegeisterung geführt werden kann. Der deutsche Militarismus ist anders als derjenige des Kaiserreichs. Er hat neue Formen angenommen und wird offener als damals debattiert und kritisiert. Überwunden ist er jedoch keineswegs.

Literatur

- Albrecht, Ulrich (1974): Bundeswehr und Wirtschaft, in: Klöss, Erhard; Grossmann, Heinz (Hg.): *Unternehmen Bundeswehr*, Frankfurt/M.: 66-85.
- Am Abgrund der Erinnerung (1999), in: *Die Zeit*, www.zeit.de (15.10.2010).
- Bald, Detlef (2001): Kämpfe um die Dominanz des Militärischen, in: Bald, Detlef u.a.: *Mythos Wehrmacht - Nachkriegsdebatten und Traditionspflege*, Berlin: 17-65.
- (2005): *Die Bundeswehr - Eine kritische Geschichte 1955-2005*, München.
- (2007): Von der Verteidigung zur Intervention. Die Bundeswehr - das staatliche Mittel zur Macht, in: Luedtke, Ralph-M.; Strutyński, Peter (Hg.): *Von der Verteidigung zur Intervention - Beiträge zur Remilitarisierung der internationalen Beziehungen*, Kassel: 64-74.
- Beck, Volker (2002): NS-Unrechtsurteile gegen Deserteure vor der Aufhebung, in: *Friedensforum* 2, www.friedenskooperative.de (15.12.2010).
- Benz, Wolfgang u.a. (Hg.) (1998): *Lexikon des Nationalsozialismus*, Stuttgart.
- Biermann, Kai (2008): Begrenzte Härte, in: *Die Zeit*, 12.3.
- Bontrup, Heinz-J.; Zdrowomyslaw, Norbert (1988): *Die deutsche Rüstungsindustrie - Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik*, Heilbronn .
- Brandt, Gerhard (1966): *Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr*, Witten-Berlin.
- Brendle, Frank (2009): Gegen Demokraten helfen nur Soldaten, in: *Forum Recht*, H. 3: 77-79.
- Brzoska, Michael (1989): Militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik und Rüstungsexportpolitik, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, H. 8: 501-512.
- Bundesarchiv (o.J.): *Das deutsche Militärwesen - Deutsches Reich 1871-1918*, www.bundesarchiv.de (9.12.2010).
- Bundeswehr weiter auf Nuklearkurs (2010), in: *Der Spiegel*, H. 35, 30.8., www.spiegel.de (19.11.2010).
- Bundeswehrsoldaten werden schikaniert und gedemütigt (2004), in: *Morgenpost*, 30.11.
- Buro, Andreas (2005): *Damals in Bergen-Hohne flossen Tränen*, www.friedenskooperative.de (28.11.2010).
- Darmstädter Signal*, www.darmstaedter-signal.de (28.11.2010).
- Der Verteidigungshaushalt 2010*, www.bmvg.de/portal (1.10.2010).

- Die neuen Hoflieferanten (1956), in: *Der Spiegel*, 7.11.: 19-23.
- Ehlert, Hans; Rogg, Matthias (2004) (Hg.): *Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR – Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven*, Berlin.
- Fleckenstein, Bernhard (2005): 50 Jahre Bundeswehr, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 21: 5-14.
- Ganser, Helmut W. (1977): Versandet die Innere Führung? Kritische Anmerkungen zu Entwicklung und Niedergang des Reformkonzepts, in: Hesslein, Bernd W. (Hg.): *Die unbewältigte Vergangenheit der Bundeswehr – Fünf Offiziere zur Krise der Inneren Führung*, Reinbek b. Hamburg: 27-57.
- Terre des hommes (2000): *Ganz platte ökonomische Interessen – Zum Sinn und Unsinn von Rüstungsexportkontrollen: Interview mit dem Friedensforscher Dr. Peter Lock*, www.oneworldweb.de (29.3.2002).
- Gründer, Horst (1985): *Geschichte der deutschen Kolonien*, Paderborn
- Guha, Anton-Andreas (1982): Rüstung und Rüstungsexporte, in: Brzoska, Michael u.a.: *Das Geschäft mit dem Tod*, Frankfurt/M.: 53-121.
- Hanel, Dieter (2003): *Die Bundeswehr und die deutsche Rüstungsindustrie*, Bonn.
- Hahnfeld, Bernd (2007): Wege zu einem atomwaffenfreien Deutschland, in: Strutynski, Peter; Luedtke, Ralph-M. (Hg.): *Von der Verteidigung zur Intervention*, Kassel: 201-213.
- Hansen, Ernst Willi (1981): Reichswehr und Republik – Die problematische Tradition des Konzepts „Bürger in Uniform“, in: Kodalle, Klaus-M. (Hg.): *Tradition als Last? Legitimationsprobleme der Bundeswehr*, Köln: 37-56.
- Henken, Lühr (2007): Das neue Strategiebuch für die Bundeswehr, in: Luedtke, Ralph-M.; Strutynski, Peter (Hg.): *Von der Verteidigung zur Intervention*, Kassel: 75-86.
- Hesslein, Bernd W. (1977): Tradition und Militär oder: Die unbewältigte Vergangenheit der Bundeswehr, in: Hesslein, Bernd W. (Hg.): *Die unbewältigte Vergangenheit der Bundeswehr – Fünf Offiziere zur Krise der Inneren Führung*, Reinbek b. Hamburg: 9-26.
- Jäger, Uli; Schmid-Vöhringer, Michael (1982): *Opposition gegen Wiederbewaffnung (I)*, www.friedensbewegung.de, 28.11.2010.
- Jahn, Peter (2007): 27 Millionen, in: *Die Zeit*, 14.6., www.zeit.de (19.11.2010).
- Kaldor, Mary (1981): *Rüstungsbarock*, Berlin.
- Lange, Sascha (2005): *Neue Bundeswehr auf altem Sockel* – SWP-Studie Neue Bundeswehr, S 02.
- Lock, Peter (2002): *Historische Erfahrungen – Rüstungskonversion zwischen Ideologie und Realität*, <http://www.peter-lock.de/txt/frieden.php?PHPSESSID=17acc436e797ab572da7589929fb1109> (6.2.2011).
- Mängel an der Heckflosse (2009), in: *Der Spiegel*, H. 32, www.spiegel.de/spiegel (5.10.2010).
- Mehr Geist, weniger Korpsgeist (2007), in: *Der Freitag*, 30.3.2007, www.freitag.de, 28.11.2010.
- Nassauer, Otfried; Steinmetz, Christopher (2005): „Made in Germany“ inside: *Komponenten – die vergessenen Rüstungsexporte*, Studie in Kooperation von BITS und Oxfam, Berlin.
- Ottmer, Hans-Martin (1993): *Die Entwicklung deutscher Sicherheitspolitik & die Geschichte der Bundeswehr 1945-1992*, Berlin u.a.
- Paes, Christian (2000): Kleine Waffen – Tödliche Wirkung/Dimensionen des Kleinwaffenproblems und Initiativen zu seiner Lösung, in: *Wissenschaft & Frieden*, Dossier Nr. 35.
- Petersen, Thomas (2010): *Wird Deutschland am Hindukusch verteidigt?* 26.5., www.faz.net (12.12.2010).
- Rechtsum und kehrt (1971), in: *Der Spiegel*, Nr. 15: 26-29.
- Rose, Jürgen (2000): *Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee*, www.ag-friedensforschung.de (12.12.2010).
- Rüstungsexportberichte der GKKE seit 1999*, www.bundeswehr-monitoring.de/ruestungsdokumente.html (20.11.2010).
- Ruby, Jürgen (2008): Zur Entwicklung der militärischen Luftfahrt in Deutschland seit 1884, in: *Luftwaffenmuseum der Bundeswehr Berlin-Gatow*, Berlin.
- Schildt, Axel (2008): *Bürgermacht gegen Bomben*, <http://einestagespiegel.de> (26.11.2010.)
- Schramm, Joachim (2004): Teure Waffen für weltweiten Einsatz, in: *Netzwerk Friedenskooperative*, www.friedenskooperative.de (5.10.2010).

- Sie haben sich aufgeführt wie Könige (2011), in: *taz*, 26.1.
- Starfighter zu verkaufen (2005): *Spiegelonline*, 3.12., www.spiegel.de/panorama (9.10.2010).
- Statistisches Bundesamt (2007): *Entwicklung der öffentlichen Haushalte nach Arten*, Fachserie 14, Reihe 3.1.
- Streit, Christian (1991): *Keine Kameraden – Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945*, Bonn.
- Tenfelde, Klaus (2005): *Ein Jahrhundertfest: Das Jubiläum der Firma Fried. Krupp AG in Essen 1912*, Essen.
- Verhandlungen des Reichstags*, 4. August 1914, www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13-bsb00003402_00014.html (1.11.2010).
- Vermintes Gelände (2003), in: *Der Freitag*, 29.8.
- Warburg, Jens (2002): Der industrialisierte Tod, in: *PROKLA* 127: 297-320.
- Wehler, Hans-Ulrich (1995): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band, Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914*, München.
- Wette, Wolfram (2003): Der Feind im Inneren. Soldaten als Polizisten? *Die Zeit*, Nr. 24, 5.6.
- (2008): *Militarismus in Deutschland – Geschichte einer kriegerischen Kultur*, Darmstadt.
- Zolling, Peter (1993): „Das ist unser Unglück“, in: *Der Spiegel*, Nr. 16: 268-276.
- Zu spät und auch zu ungenau – Interview mit Otfried Nassauer (BITS) (2010), in: *DAKS-Kleinwaffen-Newsletter*, Nr. 57, Ausgabe 06.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

59

Integration und Menschenrechte

Migration, Islam, Leitkultur; Integrationsdiskurse, Citoyenneté, Interkultur, Härtefallpraxis, Grundrechte; Einbürgerung, Second@s, Gewerkschaften; Sarrazin-Debatte, Sozialstaat und Desintegration; Kopftuch- und Burkaverbot, Neo-Rassismus

U. K. Preuß, G. D'Amato, S. Prodoliet, A. Sancar,
C. Dubacher, E. Mey, H. Gashi, E. Piñeiro,
K. Scherschel, C. Butterwegge, E. Joris / K. Rieder,
T. Schaffroth, F. O. Wolf, M. Bojadzije et al.

Diskussion

H. Busch: Ausschaffungsinitiative und Folgen
J. Lang: Strategien gegen die Nationalkonservativen
A. Rieger: Macht der Finanzwirtschaft
H. Schatz: Bedingungsloses Grundeinkommen
M. Wendl: Traditionsozialismus und Streitkultur
H. Schäppi: Venezuela und Desinformationspolitik

224 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch